Vladimír Handl

Entspannte Übungen

Tschechien und Deutschland in der EU

Statt eines Neben- oder Gegeneinanders läßt sich erstmals in der neueren Geschichte von einem Miteinander von Tschechen und Deutschen sprechen. Die Machtasymmetrie zwischen den beiden Staaten und die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg beeinflussen zwar weiter das tschechische politische Denken. Die gemeinsame Einbindung in NATO und EU hat die Bedeutung dieser Faktoren jedoch deutlich gesenkt. In europapolitischen Grundsatzfragen, die für die tschechische Politik ein zentrales Feld der programmatischen Profilierung sind, gibt es zwar weiterhin grundlegende Meinungsverschiedenheiten. In den Politikfeldern hat aber auf beiden Seiten ein Pragmatismus Einzug gehalten, der sich von den politischen Stürmen rund um die Vergangenheitspolitik und um europapolitische Grundsatzfragen unbeeindruckt zeigt.

Deutschland galt in der Tschechischen Republik für fast zwei Jahrhunderte als zentrale Bedrohung. Dies ist nicht mehr der Fall. In nur anderthalb Jahrzehnten hat sich die politische Konstellation in Mitteleuropa radikal geändert. An die Stelle der Abgrenzung ist seit dem Jahre 1989 eine Intensivierung der Beziehungen auf vier Ebenen getreten. Zum einen sorgten der Beitritt der Tschechischen Republik zu NATO und EU für eine doppelte Multilateralisierung. Diese Einbindung beider Staaten relativierte die – tatsächliche und die wahrgenommene – dominante politische und ökonomische Position Deutschlands in Ostmitteleuropa.¹ Zum anderen haben sich die bilateralen Beziehungen in zweierlei Hinsicht intensiviert. Erstens führen Deutschland und Tschechien seit anderthalb Jahrzehnten eine teils heftige Debatte über die Ereignisse

Vladimír Handl (1957), JUDr., CSc, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für internationale Beziehungen (ÚMV), Prag

¹ Die NATO-Mitgliedschaft hat zu einer Art Revolution in den Köpfen geführt. Bei einer Umfrage aus dem Jahre 2002 erklärten 52 Prozent der Befragten, Deutschland sei ein Verbündeter, der im Falle eines Angriffs auf die Tschechische Republik zur Hilfe eilen würde; siehe dazu Ivan Gabal, Lenka Helšusová, Thomas S. Szayna: *The Impact of NATO Membership in the Czech Republic: Changing Czech Views of Security, Military, and Defense*. Sandhurst 2003 [= Research Centre, Royal Military Academy Sandhurst, Conflict Studies März 2002, S. 36. <www.gac.cz/documents/CzechPaper.pdf>. – Die bilateralen Beziehungen hielten bei einer Umfrage im Jahre 2005 80 Prozent der Respondenten für gut; Daniel Kunštát: *Středoevropské sousedství v perspektivě veřejného mínění*, in: Daniel Kunštát (Hg.): *České veřejné mínění: výzkum a teoretické souvislosti*. Praha 2006, S. 167–178, hier S. 171, 174. Nicht übersehen werden darf gleichwohl, daß immer noch 52 Prozent der Befragten äußerten, sie hätten kein Vertrauen in Deutschland; ebd., S. 172.

der Jahre 1938–1946. Hier ist seit der Annahme der deutsch-tschechischen Erklärung von 1997 eine Entspannung zu beobachten.² Zwar sind die Themen Nazi-Greuel und Vertreibung noch immer Stoff für wissenschaftliche Diskussionen und heftige gesellschaftliche Auseinandersetzungen. Noch immer versuchen einzelne Personen, Interessengruppen oder Parteien auf beiden Seiten das Thema zu einem Politikum zu machen. Ein zentrales staatspolitisches Thema ist die Vergangenheit seit 1997 jedoch nicht mehr. Zweitens haben sich auch die ökonomischen und kulturellen Beziehungen seit 1989 entfaltet. Deutschland ist schon seit Anfang der 1990er Jahre der wichtigste Wirtschaftspartner der Tschechischen Republik – sowohl was den Außenhandel betrifft als auch bei den Direktinvestitionen.

All dies war nur möglich, weil ein Konsens zwischen der tschechischen und der deutschen politischen Klasse herrschte, den es so zuvor in der deutsch-tschechischen Geschichte nie gegeben hatte. Gleichzeitig hat sich keine besondere Nähe zwischen den beiden Staaten entwickelt. Seit die Agenda der Multilateralisierung erfüllt ist, fehlt es daher an einer einenden politischen Konzeption. In den tschechischen Regierungserklärungen der Jahre 2004 und 2005 spiegelt sich die neue Situation nicht wider. Sie erinnern wie schon all die Jahre zuvor an die Gültigkeit der deutsch-tschechischen Erklärung und an den Beschluß, mit dem das tschechische Parlament im April festgestellt hatte, daß die Beneš-Dekrete weiter Gültigkeit hätten. In der knappen Regierungserklärung des vorläufigen Kabinetts unter Premier Miroslav Topolánek von der *Občanská demokratická strana* (Demokratische Bürgerpartei, ODS), der im September 2006 versuchte, das parlamentarische Patt im tschechischen Abgeordnetenhaus zu überwinden,³ findet sich nur noch ein Verweis auf den Bau der Autobahnen D5 und D8 von Prag nach Dresden und von Plzeň nach Bayern.⁴

Deutschland hat sogar aufgrund der wirtschaftlichen Probleme für die Tschechische Republik deutlich an Attraktivität verloren. An die Stelle des „Modell Deutschlands“ ist entweder der liberale angelsächsische Ansatz oder der Sozialstaat nach skandinavischem Vorbild getreten.⁵ Gleichzeitig hat auch die seit dem Jahr 2001 gestiegene Bedeutung militärischer Macht in den internationalen Beziehungen die Rolle Deutschlands geschwächt. Deutschland hat also ein gerüttelt Maß seiner „soft power“ verloren. Im Herbst 2005 machte sich in Prag mancherorts sogar die Sorge breit, Deutschland könne aufgrund seiner Schwäche zum „Problem“ für die EU werden.⁶ Gleichwohl gibt es weiterhin Stimmen wie jene des Europaparlamentariers Jan Zahradil von der *Demokra-*

² Zur deutsch-tschechischen Erklärung siehe Miroslav Kunštát: Faktor minulosti v současných česko-německých vztazích, in: *Mezinárodní politika*, 11/2001, S. 6–8. – Michal Kopeček, Miroslav Kunštát: „Sudetoněmecká otázka“ v české akademické debatě po roce 1989, in: *Soudobé dějiny*, 3/2003, S. 293–318. – Vladimír Handl: Tschechisch-Deutsche Beziehungen zwischen Vergangenheit und Europäisierung, in: Michael Weigl (Hg.): *Folgenlose Nachbarschaft? Spuren der DDR-Außenpolitik in den deutsch-tschechischen Beziehungen*. Hamburg 2006, S. 47–64.

³ Siehe dazu Tomáš Lebeda: Patt in Mitteleuropa. Die Wahlen zum tschechischen Abgeordnetenhaus 2006, in: *OSTEUROPA*, 7/2006, S. 95–110.

⁴ Programové prohlášení vlády, 27.9.2006; <www.vlada.cz/scripts/detail.php?id=19299>.

⁵ Lenka Zlámalová: Sociální stát může přežít. V Dánsku, in: *Hospodářské noviny*, 11.7.2005.

⁶ Adam Černý: Kaše v Berlíně houstne, in: *Hospodářské noviny*, 2.11.2005.

tischen Bürgerpartei (Občanská demokratická strana, ODS), die von einer deutschen Großmachtspolitik in Ostmitteleuropa sprechen.⁷

BRD und ČR in der EU – konzeptionelle Differenzen

Die tschechische europapolitische Landschaft läßt sich in vier Strömungen unterteilen: Die „Internationalisten“ unterstützen eine Vertiefung der Integration bei gleichzeitiger Stärkung der transatlantischen Beziehungen; für die „Europäer“ hat die Vertiefung der EU Vorrang vor den euroatlantischen Beziehungen; für die „Atlantiker“, die eine Integration ablehnen, die über intergouvernementale Kooperation hinausreicht, haben die Beziehungen zu den USA und zu Großbritannien absolute Priorität; die „Autonomisten“ schließlich lehnen sowohl die EU als auch die NATO ab.⁸ Die Internationalisten finden sich vor allem in der Mitte des politischen Spektrums und unter den gemäßigten, also in der *Křesťansko-demokratická strana – Československá strana lidová* (Christdemokratische Partei – Tschechoslowakische Volkspartei, KDU-ČSL), bei den *Strana Zelených* (Partei der Grünen, SZ) und der *Česká strana sociálně demokratická* (Tschechische Sozialdemokratische Partei, ČSSD). Die Europäer sind vor allem auf der Linken zu finden, also in der ČSSD und in dem kleinen aktivistischen Flügel der *Komunistická strana Čech a Moravy* (Kommunistische Partei Böhmens und Mährens, KSČM). Die Atlantiker verorten sich zumeist rechts der politischen Mitte, vor allem die Führung der ODS und Staatspräsident Klaus gehören hierzu. Sie werden zumeist als euroskeptisch betrachtet, bezeichnen sich selbst aber als „eurorealistisch“. Die Autonomisten werden in erster Linie vom konservativen Flügel der KSČM gestellt, der die EU als Instrument der großen kapitalistischen Staaten betrachtet, insbesondere Deutschlands.⁹

Die Atlantiker sehen die EU vor allem als „Wirtschaftsgemeinschaft“.¹⁰ Da sie die EU auf eine intergouvernementale Kooperation der Nationalstaaten festschreiben wollen, sehen sie das – zumindest vorläufige – Scheitern des Verfassungsvertrags nicht als Krise der EU, sondern als Chance, die Ausrichtung der europäischen Integration neu zu bestimmen.¹¹ Der Möglichkeit, an den Entscheidungen der EU mitzuwirken, mes-

⁷ Interview des Autors mit Jan Zahradil, Europaabgeordneter der ODS. Prag, 19.9.2006.

⁸ Siehe dazu Petr Drulák: Qui décide la politique étrangère tchèque? Les internationalistes, les européanistes, les atlantistes ou les autonomistes? In: La revue internationale et stratégique. Numéro spécial: Les fondements des politiques étrangères des États européens, 61/2006, S. 70–84. – Mit anderer Einteilung: Volker Weichsel: Tschechien in Europa. Nationalpolitische Traditionen und integrationspolitische Konzepte. Münster, im Erscheinen. – Für die tschechische Europapolitik vor dem EU-Beitritt siehe u.a. Anneke Hudalla: Außenpolitik in den Zeiten der Transformation: Die Europapolitik der Tschechischen Republik 1993–2001. Münster 2003.

⁹ Kai-Olaf Lang: Tschechische Positionen zur künftigen Gestalt der Europäischen Union. Berlin 2002 [= Studien der SWP 1/2002]. – Kai-Olaf Lang: Ostmitteleuropa nach dem Beitritt. Entwicklungen, Herausforderungen, Potentiale. Berlin 2006, S. 51–52 [= SWP-Studie, 2/2006]. – Regelmäßige Berichte über die tschechische EU-Politik und die Position der Parteien liefert der *EU-25 Watch* des Instituts für Europäische Politik; <www.iep-berlin.de/publik/EU25-Watch/index.htm>. Siehe dort die Beiträge von Petr Pavlík, Pert Kratochvíl und zuletzt Mats Braun.

¹⁰ Petr Drulák, Vortrag beim Institut für europäische Politik. Berlin, 21.9.2006.

¹¹ Společně pro lepší život. Volební program ODS, 2006, S. 55–56; <www.ods.cz/volby2006/download/docs/volebni_program_ODS.pdf>.

sen die Atlantiker keine große Bedeutung bei, da die Tschechische Republik dort nur das erreichen könne, was Deutschland zulasse – und die Konzessionsbereitschaft sei gering. Daher wollen sich die Atlantiker auf die bilateralen Beziehungen konzentrieren.¹² Noch kritischer ist Präsident Klaus, der sogar davon spricht, der EU-Beitritt habe in erster Linie mehr schädlichen Einfluß der Eurokraten als Positives gebracht.¹³ „Der Europäismus“ sei, so Klaus, „eine neue Metaideologie paternalistischer Eliten“, sei antiamerikanisch und führe zu einem Konflikt mit dem Islam.¹⁴ Klaus lehnt daher nicht nur den Verfassungsvertrag, sondern die gesamte Entwicklung der EU seit – d.h. inklusive – dem Maastrichter-Vertrag ab.¹⁵ Eine andere Variante mit gleicher Stoßrichtung ist, einen alternativen Verfassungsvertrag für Europa zu fordern, der die EU in eine lose Organisation europäischer Staaten verwandelt.¹⁶

Zwar hat das kräftige tschechische Wirtschaftswachstum seit 2004 zwar auch die Kritiker beeindruckt. Doch insbesondere die Autonomisten betonen weiterhin, daß die Beitrittsbedingungen die Tschechische Republik weiter benachteiligten und fordern, daß „der Integrationsprozeß noch einmal bei Null begonnen werden muß“.¹⁷ Solange diese Forderung weder in der Tschechischen Republik – geschweige denn in der gesamten EU – zur Mehrheitsmeinung geworden ist, nehmen allerdings auch die Autonomisten die EU als – ärgerliche – Gegebenheit hin und setzen sich für die „Durchsetzung tschechischer Interessen“ in der EU ein.¹⁸

Die Internationalisten sowie die Europäer sehen in der EU nicht eine bloße Wirtschaftsorganisation, sondern eine Wertegemeinschaft.¹⁹ Den EU-Beitritt Tschechiens betrachten sie daher als einschneidendes Ereignis. Nun sei es Tschechien möglich, sich gleichberechtigt an der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Einigung Europas zu beteiligen. Die Sozialdemokraten betonen vor allem die soziale Dimension der Integration und verstehen die EU als geeignetes Instrument, um die Folgen der Globalisierung abzufedern. Da sie dafür eine politische Einigung Europas für notwendig halten, unterstützten sie auch den Verfassungsvertrag.²⁰ Die Koalitionsregierung von ČSSD, KDU-ČSL und *Unie Svobody* (Freiheitsunion, US) – einer kleinen liberalen, „internationalistischen“ Partei, die 2006 in der politischen Bedeutungslosigkeit versunken ist – hatte die Ratifizierung des Verfassungsvertrags zu einer ihrer europapolitischen Prioritäten erklärt.²¹ Nach den Referenden in Frankreich und den Nieder-

¹² Interview mit J. Zahradil [Fn. 7].

¹³ Václav Klaus: Evropa: od integrace k unifikaci. Přednáška na Vysokém shromáždění Učené společnosti v Karolinu, 15.5.2006; <www.klaus.cz/klaus2/asp/clanek.asp?id=12gchjBV1xLd>.

¹⁴ Václav Klaus: Co je to evropeismus? In: Mladá fronta Dnes, 8.4.2006.

¹⁵ Václav Klaus: Ich habe Angst um Europa, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.3.2006.

¹⁶ Václav Klaus: Es ist Zeit, der Europäischen Union eine solidere Grundlage zu geben, in: Neue Zürcher Zeitung, 30.8.2005.

¹⁷ Siehe exemplarisch Václav Věrtelář: Brusel nám dává pokutu 1,6 miliard korun za nadprodukcí mléka a potravin, in: Halo noviny, 22.2.2006.

¹⁸ Volební program Komunistické strany Čech a Moravy na období 2006–2010.

¹⁹ Drulák, Qui décide [Fn. 8].

²⁰ Siehe etwa das Grundsatzprogramm der Sozialdemokraten: Otevřenost novým výzvám – věrnost tradici. Základní (dlouhodobý) program ČSSD 2005, S. 12, 17, 29; <www.cssd.cz/soubory/422010/Dlouhodobý%20program%5FI.pdf>.

²¹ Programové prohlášení vlády České republiky; <www.vlada.cz/1250/vlada/vlada_progprohl.html>.

landen ließ allerdings die Begeisterung auch bei diesen Kräften nach. Welche Abstriche die Christsozialen und die Grünen, die als internationalistischer Nachfolger der US betrachtet werden können, zu machen bereit sind, zeigte der Vertrag über die – später dann nicht zustande gekommene – Koalition mit den Atlantikern von der ODS. Obwohl KDU-ČSL und Grüne den Verfassungsvertrag sowie eine vertiefte Integration befürworteten, war davon in dem Papier keine Rede. Es spricht lediglich einige vergemeinschaftete Politikfelder an. Immerhin signalisierten die Koalitionsparteien dort eine gewisse Kompromißbereitschaft.²²

Diese konzeptionellen Unterschiede spiegeln sich selbstverständlich in der Wahrnehmung der deutschen EU-Politik wider. Die ODS glaubt, Deutschland wolle eine künstliche Zentralisierung der EU herbeiführen. Aber auch die „Internationalisten“ und die „Europäer“ haben nicht in allen europapolitischen Fragen die gleiche Haltung wie Deutschland. Bei den Verhandlungen über den EU-Beitritt waren sich alle Parteien darüber einig, daß Deutschland zwar die Osterweiterung der EU und die Vorbereitungen der ostmitteleuropäischen Staaten auf den Beitritt konsequent unterstützt, gleichzeitig aber vehement eigene Interessen verfochten habe: etwa bei der Durchsetzung der in der Tschechischen Republik sehr schlecht gelittenen Übergangsfristen für die Öffnung des deutschen Arbeitsmarkts oder in der Agrarpolitik. Darüber hinaus hatte bereits die von der ČSSD, der KDU-ČSL und der US gestellte Regierung bei den Verhandlungen über den europäischen Verfassungsvertrag nicht nur andere Prioritäten gesetzt als die Regierung Schröder.²³ Das tschechische Außenministerium hatte sogar versucht, die kleinen und mittleren Staaten der EU auf einen gemeinsamen Standpunkt einzuschwören, um so ein Gegengewicht gegen die großen Staaten zu schaffen.²⁴

Nach dem Regierungswechsel in Berlin im Herbst 2005 bemerkten die einen vor allem die Kompromißbereitschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel bei den Verhandlungen über die Finanzvorschau der EU 2007–2013.²⁵ Die Kritiker konzentrieren sich eher auf Merkels Versuch, den Verfassungsvertrag ohne größere Änderungen zu retten, und bezeichnen dies als Versuch Deutschlands, eine Führungsrolle in Europa zu übernehmen.²⁶ Während die einen auf die programmatische Kontinuität verweisen, glauben die anderen, einen Wechsel des politischen Stils in der deutschen EU-Politik zu erkennen.

Gleichzeitig will keine der tschechischen Parteien – und erst recht keine Regierung einen offenen Konflikt mit dem großen Nachbarn riskieren. Selbst der lauteste tschechische EU-Kritiker, Václav Klaus, vermeidet es zumeist, seine EU-Kritik explizit als

²² Koaliční smlouva, uzavřená mezi ODS, KDU-ČSL a Stranou zelených, 26.6.2006; <www.ods.cz/knihovna/dokument.php?ID=293>.

²³ Jan Kohout, Secretary of State for European Affairs: Non-Paper on the Reform of EU Institutions, European Convention, June 2003.

²⁴ Am 1. September 2003 versammelten sich in Prag auf Einladung des tschechischen Außenministeriums sieben ostmitteleuropäische und sieben westeuropäische Staaten, um ihre Positionen zu koordinieren; Menší evropské země chtějí další jednání o znění evropské ústavy, in: ČTK, 1.9.2003.

²⁵ Mats Braun, Petr Kratochvíl: Czech Republic, in: Institut für Europäische Politik (Hg.): EU-25 Watch, 3/2006, S. 96.

²⁶ Markéta Pitrová: Rok 2006: začátek ústavní hysterie? In: CEVRO-Revue, 2/2006, S. 4; <www.cevro.cz/dwn/10139/66431_D_cs_cevro_revue_2006_02.pdf>.

Deutschlandkritik zu formulieren.²⁷ Auch ist die ODS der Meinung, daß die konzeptionellen Differenzen über die Gestalt der EU nicht dazu führen dürften, daß die Kooperation in den verschiedenen Politikfeldern belastet werde.

Die Europäisierung der Politikfelder

Die Tschechische Republik kann sich nicht zuletzt dank der langjährigen deutsch-tschechischen Kooperation und der Hilfe Deutschlands bei der Vorbereitung auf den EU-Beitritt seit 2004 an der Formulierung europäischer Politik beteiligen. Die allermeisten Themen, die bei bilateralen Konsultationen, Expertentreffen und politischen Verhandlungen der beiden Außenministerien verhandelt werden, gehören mittlerweile in den Bereich Europa. Dieser Trend ist ungebrochen.²⁸

Die Verhandlungen zwischen den deutschen und tschechischen Außen- sowie Finanzministerien über die Finanzvorschau der EU für die Jahre 2007–2013 haben gezeigt, daß Deutschland Interesse an steten Konsultationen mit einem kompetenten Gegenüber hat, ganz gleich ob sich die Positionen zu einer Frage decken oder ob sie auseinandergehen. Die deutschen Verhandlungspartner sind hochkompetent und verfolgen geradlinig und offen ihr Ziel. Die tschechische Seite kann von solchen Kontakten nur profitieren. Selbst wenn es nicht zu einer Annäherung der Standpunkte kommt, tragen solche bilateralen Treffen zum Verständnis der jeweils anderen Position bei und sind daher unabdingbar für die Verhandlungen auf EU-Ebene.²⁹ Da es der Tschechischen Republik aber immer noch an einer mittelfristigen europapolitischen Strategie mangelt, beschränkt sich die Abstimmung mit Deutschland im wesentlichen auf einzelne Politikfelder, während Grundsatzfragen der europäischen Integration kaum diskutiert werden.³⁰

In einigen Politikfeldern – vor allem solchen, die mit der unmittelbaren Nachbarschaft zu tun haben, etwa der Bereich Arbeit und Soziales oder die Umweltpolitik – knüpft die Kooperation in der EU an die bilaterale Zusammenarbeit an, die sich bereits seit Anfang der 1990er Jahre entwickelt hat.³¹ Nach dem EU-Beitritt Tschechiens sind die Kontakte zwischen den Ministerien und anderen nach- und beigeordneten Behörden noch intensiver geworden. Die Beziehungen sind heute entpolitisiert, dezentralisiert, und weniger formell. Kurzum, europäische Normalität ist eingezogen. Gleichwohl bleiben deutsche Politikansätze in vielen Fällen das praktische Vorbild, was vor allem etwas mit der viel größeren institutionellen Kapazität zu tun hat. Deutschland kann in

²⁷ Klaus, Es ist Zeit [Fn. 16]. Hier sagt Klaus, er sei nicht mit der Politik von Giscard d'Estaing, Giuliano Amato und Jean-Luc Dehaene einverstanden, was aber nicht für Kohl, Schröder oder Angela Merkel zutrefte.

²⁸ Zpráva o zahraniční politice ČR za rok 2005, MZV ČR, 2006, S. 257;

<www.mzv.cz/wwwo/mzv/default.asp?ido=18472&idj=1&amb=1&ikony=&trid=1&prsl=&poccl=>.

²⁹ Gespräch mit Juraj Fogada, Mitarbeiter des EU-Referates im tschechischen Außenministerium. Prag, 26.5.2006.

³⁰ Gespräch mit Libor Sečka, Leiter der Europaabteilung im tschechischen Außenministerium. Prag, 27.9.2006.

³¹ Gespräch mit Roman Kidles, Abteilung für internationale Zusammenarbeit im Ministerium für Arbeit und Soziales. Prag, 27.9.2006. – Šárka Strahalová: Česko-Německá Spolupráce 1996–2006, unveröffentlichtes Manuskript.

vielen Politikfeldern viel rascher viel mehr Expertenwissen bereitstellen und kurz- sowie langfristige Strategien zu entwickeln. Es gibt jedoch Bereiche, in denen auch die tschechische Seite in der Lage ist, eigene Standpunkte in europäische Verordnungen und Richtlinien einzubringen, und sogar explizit als kompetenter Ansprechpartner gilt. Vor allem das tschechische Umweltministerium hat sich einen solchen Status erarbeiten können.

Gleichzeitig gibt es Bereiche wie die Außenpolitik, die Verteidigungspolitik oder die Industriepolitik, in denen eine deutsch-tschechische Kooperation in EU-Fragen nur ad hoc zustande kommt und die multilaterale Kooperation in der EU kaum durch bilaterale Zusammenarbeit „unterfüttert“ ist. Wenngleich unterschiedliche politische Vorstellungen durchaus die Kooperationschancen mindern, hängt doch die Intensität der deutsch-tschechischen Kooperation in der EU nicht so sehr von kompatiblen Interessen, sondern in erster Linie davon ab, ob ein Thema auf der bilateralen Agenda steht.

Sehr ähnliche Vorstellungen gibt es in der Umweltpolitik sowie in der Industriepolitik – mit Ausnahme natürlich der Atompolitik –, im Bereich Inneres und Justiz, in der Agrarpolitik und in der Verkehrspolitik. Da die Tschechische Republik in näherer Zukunft Nettozahler zum EU-Haushalt werden wird, zeichnet sich auch hier eine Annäherung der Positionen schon ab.³²

Andererseits lehnte die Tschechische Republik das deutsche Ansinnen ab, einige Steuern EU-weit auf deutschem Niveau anzugleichen, stand bei der Debatte über die Dienstleistungsrichtlinie auf Seiten der Verfechter einer liberalen Fassung und damit nicht im deutschen Lager. Schließlich stimmte sich Tschechien mit den Visegrád-Staaten ab, um die Abschaffung der Übergangsfristen bei der Freizügigkeit der Arbeitskräfte zu erreichen.³³ Insgesamt steht die Tschechische Republik damit Deutschland etwas ferner als die meisten Alt- und Urmitglieder wie Frankreich, Italien, Österreich, Dänemark oder Finnland.³⁴

Ad-hoc Kooperation – das Dilemma der Asymmetrie

Die Tschechische Republik schloß sich Ende 2005 einer Gruppe von Staaten an, die weitere Liberalisierungsschritte auf dem Binnenmarkt sowie bei der Gemeinsamen Außenhandelspolitik fordert. Zwar gilt Deutschland in dieser Frage in Tschechien grundsätzlich als Verbündeter. Gleichzeitig ist die Meinung verbreitet, daß Berlin sich der von Frankreich angeführten protektionistischen „Südgruppe“ anschließe, wenn deutsche Interessen unmittelbar betroffen seien.³⁵

Ein strukturelles Problem der Kooperation im Bereich der Industriepolitik ist die unterschiedliche Größe tschechischer und deutscher Unternehmen. Diese führt dazu, daß eine europäische Richtlinie ganz unterschiedliche Auswirkungen haben kann. Als problematisch wird in Prag auch der Einfluß der sogenannten *High Level Groups* auf

³² Gespräch mit L. Sečka [Fn. 30].

³³ Kristína Larischová: Tschechische Republik, in: Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hg.): Jahrbuch der Europäischen Integration. Baden-Baden 2006, S. 223–226.

³⁴ Barbara Lippert, Timo Goosmann: The EU in a Puzzling state of Mind. Results from the Survey EU-25 Watch, No. 2. Berlin 2006 [= Institut für Europäische Politik: IEP Policy Brief, 1/2006].

³⁵ So etwa ein Respondent aus dem tschechischen Industrie- und Handelsministerium, der im September 2006 an einer anonymen schriftlichen Befragung teilnahm.

die europäische Industriepolitik wahrgenommen, in denen Vertreter von Konzernen, der EU-Behörden und der Mitgliedstaaten Vorabstimmungen treffen. Kritiker merken an, daß in diesen informellen Gremien der Einfluß der großen Mitgliedstaaten und der großen Konzerne besonders stark zum Tragen komme, während die neuen Mitgliedstaaten oft sogar aus diesen Gruppen ausgeschlossen seien.³⁶

In der Agrarpolitik sind gemeinsame deutsch-tschechische Ansätze in der EU leichter zu finden. Das tschechische Ministerium für Land- und Forstwirtschaft ist der Auffassung, es gebe „keine grundlegenden Differenzen, die es unmöglich machen, einen gemeinsamen Nenner zu finden“.³⁷ Gleichzeitig sieht auch hier die tschechische Seite Deutschland stärker in den Interessen der Agrarlobby gefangen als sich selbst. Ähnlich stellt sich die Situation im Bereich der Verkehrspolitik dar. Die politischen Vorstellungen sind grundsätzlich kompatibel, das Asymmetrieproblem zeigt sich aber auch hier. Bei der Frage der Liberalisierung des Schienenverkehrs lag die tschechische Position etwa näher an der Luxemburgs und Belgiens als an der Deutschlands.³⁸ Insgesamt steht gerade angesichts der Differenzen fest, daß die bilaterale deutsch-tschechische ad-hoc-Kooperation eine wichtige Vorbereitung für die Formulierung einer multilateralen Agenda auf der Ebene der EU ist.

Institutionalisierte Kooperation: Von der bilateralen zur europäischen Agenda

Eines der wichtigsten Themen institutionalisierter deutsch-tschechischer Konsultationen ist die Freizügigkeit der Arbeitskräfte. Dies gilt, obwohl – beziehungsweise gerade weil – angesichts der dynamischen Wirtschaftsentwicklung in der Tschechischen Republik und der angespannten Lage in Deutschland das Migrationspotential nicht sehr groß ist. Die Tschechische Republik kritisiert, daß Deutschland engstirnig handle, und fordert, daß Deutschland die Frist bis zur Öffnung seines Arbeitsmarktes, die Deutschland im Vertrag über den Beitritt der ostmitteleuropäischen Staaten zur EU festzuschreiben vermocht hat, nicht voll ausschöpft. Tatsächlich hat die deutsche Haltung weder viel mit dem realen Migrationspotential zu tun, noch mit einer besonderen Unnachgiebigkeit gegenüber Tschechien, sondern hat innenpolitische Gründe. Jenseits der Frage, wann Deutschland den Zugang zu seinem Arbeitsmarkt für tschechische oder alle ostmitteleuropäischen Arbeitskräfte öffnen wird, sind die deutsch-tschechischen Gespräche in diesem Bereich ein gutes Beispiel für die Europäisierung eines Politikfeldes. Den regulativen Rahmen bietet der EU-Binnenmarkt, die konkreten institutionalisierten Verhandlungen finden aber auf nationaler Ebene und in Deutschland sogar auf der Ebene der Länder statt. So treffen sich regelmäßig tschechisch-bayerische und tschechisch-sächsische Arbeitsgruppen.

³⁶ Gespräch mit Richard Hlavatý, zu dieser Zeit Leiter der Abteilung Handelspolitik und Binnenmarkt im tschechischen Industrie- und Handelsministerium. Prag, 22.3.2006. – Dies ist nicht alleine ein tschechischer Standpunkt, prominente Europapolitiker wie Daniel Cohn-Bendit haben sich ähnlich geäußert; siehe dazu Briand Johnson: EU high level groups under fire, in: THE PARLIAMENT.COM, 16.6.2006; <www.eupolitix.com/EN/News/200606/3f315d7d-f269-499e-ae2f-fdf12c416fd3.htm>.

³⁷ Gespräch mit Milan Kováč, Europa-Abteilung des tschechischen Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft. Prag, 18.9.2006.

³⁸ Telefongespräch mit der stellvertretenden tschechischen Verkehrsministerin Daniela Kovalčíková. Prag, 15.9.2006.

Auch die deutsch-tschechische Abstimmung in Umweltfragen beruht auf einer ausgedehnten Struktur institutionalisierter bilateraler Treffen, deren Grundlage der 1996 verabschiedete Vertrag über die Zusammenarbeit ist.³⁹ In den Jahren 1996–2006 unterstützte die Bundesrepublik diverse Umweltprogramme in der Tschechischen Republik mit insgesamt 48 Millionen Euro.⁴⁰ Einmal im Jahr trifft sich die deutsch-tschechische Umweltkommission, dazu kommen die häufigeren Treffen einzelner Spezialkommissionen und Arbeitsgruppen, etwa der „Arbeitsgruppe Grenzüberschreitende Luftreinheit“ oder der „Deutsch-tschechischen Grenzgewässerkommission“. Bei grenzüberschreitenden Fragen wie Natur- und Landschaftsschutz gibt es auch eine Zusammenarbeit auf Ebene der Kreise. Hinzu kommt die trilaterale Kooperation im Rahmen des sogenannten Schwarzen Dreiecks. In der deutsch-tschechisch-polnischen Braunkohleregion sorgen die drei Staaten gemeinsam für eine Überwachung der Luftreinheit.⁴¹

Über die grundsätzliche Bedeutung der Umweltpolitik herrscht größere Einigkeit zwischen Berlin und Prag als beispielsweise zwischen Berlin und Warschau. Substantielle Differenzen gibt es nur in der Energiepolitik: Während Deutschland am Atomausstieg festhält, setzt Tschechien voll auf die Kernspaltung.⁴² Gleichzeitig führten die unterschiedlichen Standpunkte in einem so sensiblen Politikfeld wie der Atompolitik nicht zu Verwerfungen. Bedenkt man die verbale Eskalation des tschechisch-österreichischen Konflikts um das Atomkraftwerk im tschechischen Temelín, so kann dies durchaus als ein Ausweis für die Belastungsfähigkeit betrachtet werden.

So ist die Umweltpolitik auch ein Modellbeispiel für europäischen Einklang zwischen Tschechien und Deutschland. Nicht nur tauschen beide Staaten als gleichwertige Partner ihre Erfahrungen mit der Umsetzung von EU-Richtlinien und ihre Vorstellungen über neue umweltpolitische Initiativen der EU. Die Rolle der Tschechischen Republik als vollwertiges EU-Mitglied kommt auch darin zum Ausdruck, daß Tschechien nicht mehr Operationsfeld europäischer technischer Zusammenarbeit ist – im Rahmen von Twinningprojekten waren vor allem Deutschland, Großbritannien und die Niederlande aktiv. Vielmehr führt Tschechien gemeinsam mit Deutschland sogenannte „Twinning-out“-Projekte in Rumänien durch.⁴³

Gemischer fällt die Bilanz im Bereich Innere Sicherheit, Migration und Asylpolitik aus. Bereits lange vor dem EU-Beitritt Tschechiens versuchten Deutschland, Frankreich und Großbritannien in einem regelrechten Konkurrenzkampf, ihr nationales

³⁹ Dohody mezi vládou České republiky a vládou Spolkové republiky Německo o spolupráci v oblasti ochrany životního prostředí z 24. října 1996; <www.mvcr.cz/sbirka/1999/sb020-99.pdf>.

⁴⁰ Spolková republika Německo; <[www.env.cz/AIS/web-pub.nsf/\\$pid/MZPZKF4J5Y2W/\\$FILE/SRN%20-%20pro%20web.doc](http://www.env.cz/AIS/web-pub.nsf/$pid/MZPZKF4J5Y2W/$FILE/SRN%20-%20pro%20web.doc)>.

⁴¹ <www.bmu.de/int_umweltpolitik/bilaterale_zusammenarbeit/doc/37858.php>.

⁴² Zur tschechischen Energiepolitik siehe Volker Weichsel: Atom, Monopol, Diversifikation. Elemente tschechischer Energiepolitik, in: OSTEUROPA, 9–10/2004, S. 180–202.

⁴³ Gespräch mit Veronika Hunt Šafránková, Leiterin der EU-Abteilung des Ministeriums für Umweltschutz, und Šárka Strahlová, Mitarbeiterin der Abteilung. Prag, 19.9.2006. – Siehe auch: Šárka Strahlová: Česko-Německá Spolupráce 1996–2006, unveröffentlichtes Manuskript.

Modell der Polizeiarbeit (*policing*) nach Tschechien zu exportieren.⁴⁴ Dieser institutionelle Wettbewerb der 1990er Jahre war ein Spiegelbild des Wettbewerbs um das Modell für die EU, in der in eben Jahren die zaghafte Vergemeinschaftung der Zusammenarbeit in den Bereichen Inneres und Justiz begann. Deutschland – genauer: vor allem Bayern und Sachsen – stellte in Wissen zur Verfügung, half bei der Erarbeitung konkreter Vorschriften, bei der institutionellen und rechtlichen Verankerung der tschechischen Migrations- und Asylpolitik, der Formulierung einer Ausländerpolitik, dem Grenzschutz und dem Kampf gegen politischen Extremismus.

Auf der anderen Seite gibt es Interessenkonflikte zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik. In Prag gibt es wenig Verständnis dafür, daß Deutschland wegen der Haltung der Bundesländer seit zehn Jahren die Überführung der Asyl- und Migrationspolitik in den sogenannten Ersten Pfeiler der EU blockiert. Der Widerstand gegen Mehrheitsabstimmungen im Bereich der Polizeikooperation und der Strafverfolgung – zuletzt von Deutschland bestätigt bei den Verhandlungen in Tampere im September 2006 – wird in Prag vielmehr als Teil einer deutschen Politik betrachtet, die den Verfassungsvertrag als Ganzes durchsetzen und daher verhindern will, daß einige der in ihm vorgesehenen Bestimmungen auf anderem Wege zur EU-Praxis werden.⁴⁵ Dazu kommt, daß einige tschechische Experten davon ausgehen, daß es immer noch ein Mißtrauen der deutschen Polizei gegenüber ihren östlichen Amtskollegen gäbe.

Offener noch wird der Streit um den Beitritt der Tschechischen Republik zum sogenannten Schengen-System ausgetragen. Schon im Jahr 2005 beklagte das tschechische Innenministerium, Deutschland würde aus innenpolitischen Gründen die Aufnahme der neuen Mitgliedstaaten der EU in den Informationsverbund verweigern.⁴⁶ Auch der neue Außenminister Alexander Vondra bestand bei seinem Antrittsbesuch in Berlin im September 2006 auf eine Aufnahme Tschechiens.⁴⁷ Man ist sich in Prag bewußt, daß es vor allem um die polnische Ostgrenze geht, nicht um tschechische Grenzen. Dennoch haben die Parteien das Thema aufgegriffen und zur europapolitischen Profilierung benutzt. Es eignet sich sehr gut dazu, der tschechischen Öffentlichkeit zu demonstrieren, daß man sich für die nationalen Interessen der Tschechischen Republik einsetzt und auf der Gleichberechtigung in der EU pocht. Schnell machte das Wort vom „Betrug“ an den Neuen die Runde.⁴⁸ Selbst das proeuropäische Lager nannte allerdings die Weigerung, Tschechien aufzunehmen, einen „Skandal“.⁴⁹

⁴⁴ Judy Batt: Final report of the reflection group on the long-term implications of EU enlargement: the nature of the new border. Florence 1999 (European University Institute), S. 59.

⁴⁵ EU: Pro boj s terorismem je třeba omezit právo veta, in: www.euroskop.cz, 21.9.2006; <www2.euroskop.cz/data/index.php?p=ihned-detail&c-id=19354530&id=5567>.

⁴⁶ Presseerklärung des tschechischen Innenministeriums bezüglich des Berichts über das Treffen zwischen dem tschechischen und dem bayerischen Innenminister, 25.1.2006.

⁴⁷ Česko kritizuje oddálení Schengenu, in: ČTK, 14.9.2006.

⁴⁸ Kohout: Odklad Schengenu by byl podvodem na nováčky, in: www.euroskop.cz, 26.9.2006; <www2.euroskop.cz/data/index.php?p=ihned-detail&c-id=19390190&id=5566>.

⁴⁹ Jan Březina: Unie nám nutí druhé housle. Braňme se, in: *Hospodářské noviny*, 18.9.2006, S. 11.

Zwischen Europa und Amerika

Die Außen- und Sicherheitspolitik ist – zumindest programmatisch – zweifellos jenes Politikfeld, in dem die tschechische Politik am stärksten polarisiert ist und in dem die größten Unterschiede zwischen der Position der linken und rechten EU-Skeptiker in Prag und jener Berlins bestehen. Hier zeigen sich eindeutig die Grenzen der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit in der EU. Die tschechischen Atlantizisten lehnen die Schaffung des Amtes eines europäischen Außenministers und eines europäischen diplomatischen Dienstes vehement ab, weil sie darin eine Schwächung des Nationalstaats sehen. Ebenso sind sie gegen europäische Streitkräfte, die in irgendeiner Weise die integrierten NATO-Truppen ersetzen könnten.⁵⁰ Die Autonomisten von der KSČM wollen zwar die NATO abschaffen, eine europäische Verteidigungspolitik, die dazu beitragen könnte, lehnen sie gleichwohl ab. Lediglich der kleine Reformflügel in der KSČM hat ein solches Kalkül entwickelt: Eine Stärkung der EU soll ein Gegengewicht zum Einfluß der USA bilden. Die Parteien der Mitte-Links-Regierung der Jahre 2002–2006 hatten hingegen während des europäischen Konvents die Schaffung des Amtes eines europäischen Außenministers grundsätzlich befürwortet und sich für eine handlungsfähige EU neben einer schlagkräftigen NATO eingesetzt.⁵¹

Diese Polarisierung zeigt sich auch zwischen den Ministerien. Das tschechische Verteidigungsministerium ist traditionell atlantizistisch orientiert. Einige Experten erwarteten von der neuen deutschen Bundeskanzlerin, daß sie die sogenannte Pralinengruppe – Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Belgien – auflöse, die sich für eine europäische Verteidigungsunion einsetzte.⁵² Die Europaabteilung des tschechischen Außenministeriums hingegen übt sich in mehr Gelassenheit, nimmt Deutschland als einen zentralen Partner in Europa wahr und unterstützt diesen Kooperationsrahmen sogar, seit sich Großbritannien dem Projekt Verteidigungsunion angeschlossen hat. Im Jahr 2006 wurde dieser Konflikt insgesamt mit weniger Schärfe ausgetragen; es scheint so etwas wie ein Arbeitskompromiß entstanden zu sein.

Dies hat etwas damit zu tun, daß konzeptionelle Grundsatzfragen über die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der EU nach dem Scheitern der Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden in den Hintergrund getreten sind. Auf der praktischen Ebene kommt der innertschechische Konflikt weniger zum Tragen, da, solange es nicht gilt, eindeutig Position zu beziehen, alle tschechischen Akteure eine intergouvernementale Kooperation der Vergemeinschaftung vorziehen und Tschechien so zu den Moderaten in der Gruppe der atlantisch ausgerichteten Staaten gehört. Das bedeutet aber auch, daß es tschechisch-deutsche Konsultationen in sicherheitspolitischen Fragen nur selten gibt, während die tschechisch-britische Abstimmung institutionalisiert ist. Gleiches gilt für internationale Krisen: Auch hier gibt es keinen Mechanismus, der automatisch zu einer deutsch-tschechischen Konsultation oder Koordination

⁵⁰ Jan Zahradil: Realismus místo iluzí. Modrá šance pro českou diplomacii; <www.ods.cz/docs/publikace/modra_sance-zahranici.pdf>.

⁵¹ Radek Khol: Czech Republic – Building a balanced profile in CFSP/ESDP, in: Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hg.): The future of the European Foreign, Security and Defense Policy after Enlargement. Baden-Baden 2006, S. 71–75.

⁵² Gespräch mit Mitarbeitern der Abteilung Sicherheitspolitik des tschechischen Verteidigungsministeriums. Prag, 25.5.2006. – Der Name (in Tschechien ist meist von Schokoladengruppe die Rede) entstand, weil sich die vier Staaten im April 2003 in Brüssel trafen.

führen würde. Berlin blickt nicht nach Prag und Prag nicht nach Berlin; beider Blick richtet sich viel mehr nach Brüssel, Paris, London und Washington.

Gleichwohl dürfen die Differenzen auch nicht überbetont werden. Den Meinungsverschiedenheiten steht – wie hohe tschechische Beamten betonen – gegenüber, daß Tschechien gemeinsam mit Deutschland, Großbritannien und Dänemark eine sogenannte Koalition der Vernünftigen“ bildet, die über eine Wiederaufnahme der Finanzhilfe an die palästinensische Autonomiebehörde berät. Auch in der Europäischen Nachbarschaftspolitik sowie in der Politik gegenüber dem Westbalkan sind die Positionen durchaus kompatibel:⁵³ Beide Staaten sind für eine weitere Annäherung der ost- und südosteuropäischen Staaten an die EU, im Falle Kroatiens für eine Mitgliedschaft, gleichwohl aber gegen einen Automatismus von Mitgliedschaftsversprechen.

Die Differenzen überwiegen allerdings schon wieder, wenn es um die Rußlandpolitik geht. Das energiepolitische Engagement der deutschen Politik und deutscher Firmen wird in Prag genau beobachtet. Die Angst vor einer ungunstigen Verflechtung politischer und privatwirtschaftlicher Interessen wächst.⁵⁴ Dennoch liegt die tschechische Position bei weitem nicht so weit von der deutschen entfernt, wie dies bei der polnischen der Fall ist. Ähnlich stellt sich die Situation auch in der Verteidigungspolitik dar. Deutschland ist es gelungen, die Angst vor einem militärischen Übergriff auf seinen kleinen Nachbarn auf ein Minimum zu reduzieren. Die deutsche „Kultur der Zurückhaltung“ korrespondiert mit dem politischen Denken vor allem des linken politischen Spektrums in der Tschechischen Republik.

So bewertet die tschechische politische Klasse – mit Ausnahme der Kommunisten – internationale Einsätze der Bundeswehr positiv.⁵⁵ Selbst die Atlantizisten sind nicht grundsätzlich gegen eine deutsch-tschechische Militärkooperation. In den 1990er Jahren hatte sich das tschechische Verteidigungsministerium noch an Großbritannien gehalten, seit 2005 verstärken tschechische Soldaten in Afghanistan eines der von der Bundeswehr gestellten Aufbauteams (Provincial Reconstruction teams, PRT) in der Provinz Badakhshan.⁵⁶ Auch bei der Einrichtung der europäischen Einsatzgruppen (EU-Battlegroups) orientiert sich die Tschechische Republik nicht mehr so sehr an Großbritannien, da London grundsätzlich auf außereuropäische Einsätze setzt und seine Truppen in Gruppierungen mit anderer nationaler Zusammensetzung fest eingebunden sind. Aus diesem Grund setzt Tschechien nun auf die Kooperation mit Deutschland. Im Jahr 2011 soll eine deutsch-tschechisch-österreichische Einsatzgruppe entstehen, die vor allem auf dem Balkan tätig werden könnte. Zudem stellt Deutschland das Einsatzführungskommando für den Aufbau des operativen Hauptquartiers der Europäischen Union in Geltow bei Potsdam, das auch als Hauptquartier einer tschechisch-slowakischen Einsatzgruppe zur Verfügung gestellt wird, die im Jahre 2009 aufgestellt sein soll. Das Projekt der Einsatzgruppen könnte somit auch dafür sorgen, daß Prag und Berlin sich in Zukunft häufiger abstimmen und ihre sicherheitspolitischen und militärischen Führungsstrukturen kompatibler werden.

⁵³ Gespräch mit Tomáš Kafka, Leiter der Mitteleuropa-Abteilung des tschechischen Außenministeriums. Prag, 13.10.2006.

⁵⁴ Daniel Kaiser: Nejspíš je čas být na poplach, in: Lidové noviny, 14.10.2006.

⁵⁵ Gespräch mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des tschechischen Abgeordnetenhauses, Lubomír Zaorálek (ČSSD). Prag, 26.9.2006.

⁵⁶ Gegenwärtig sind 83 tschechische Soldaten unter deutscher Führung eingesetzt; <www.army.cz/scripts/detail.php?id=6392>.

Vom Nebeneinander zum Miteinander

Die Erwartungen der Pessimisten, die in den 1990er Jahren eine Hegemonie, ein Diktat oder zumindest eine Dominanz Deutschlands über die Tschechische Republik prophezeiten, haben sich nicht erfüllt. Die Asymmetrie ist ein konstitutives Element der deutsch-tschechischen Beziehungen, gleichwohl ist das Verhältnis so gut und so schlecht wie jedes andere zwischen ungleichen aber demokratischen Nachbarn.

Erstmals in der neueren Geschichte kann man mehr als von einem Neben- oder Gegen-einander von einem Miteinander von Tschechen und Deutschen sprechen, von einer grundlegenden Interessenskongruenz: dem Willen, dem Westen zuzugehören, sowie das Ziel, den Multilateralismus in den internationalen Beziehungen zu stärken und diese weiter zu verrechtlichen. Die Machtasymmetrie zwischen den beiden Staaten und die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg beeinflussen zwar weiter das tschechische politische Denken. Die gemeinsame Einbindung in den institutionellen und normativen Raum von NATO und EU, in dem sich die bilateralen und multilateralen Kontakte multipliziert haben, hat die Bedeutung dieser Faktoren jedoch deutlich gesenkt.

Von einer neuen Nähe zwischen Prag und Berlin nach der Erweiterung der EU kann man gleichwohl nicht sprechen. Weiterhin muß genau hingeschaut werden, wo Gemeinsamkeiten und wo Differenzen überwiegen. Dies gilt sowohl für europapolitische Grundsatzfragen als auch für einzelne Politikfelder.

Nicht zu vergessen ist dabei, daß die Grundsatzfragen der EU für die tschechischen Parteien und andere Akteure kein politisches Thema wie jedes andere sind, sondern ein zentrales Feld der programmatischen Profilierung. Da die tschechische Parteienlandschaft anders als die sehr einheitliche deutsche in Atlantizisten und Autonomisten auf der einen Seite und Europäer und Transatlantiker auf der anderen Seite gespalten ist, sind Konflikt und Konsens in der offiziellen deutsch-tschechischen Debatte über die Zukunft Europas von politischen Machtwechseln abhängig.

Dies gilt nicht für die dezentralisierte und entpolitisierte Kooperation in einzelnen Politikfeldern. Selbstverständlich gibt es auch hier unterschiedliche politische Präferenzen, neben Kooperation auch Konflikt. Beide Seiten haben Interessen, die sich teils ergänzen, teils widersprechen. Entscheidend ist aber, daß hier auf beiden Seiten ein Pragmatismus Einzug gehalten hat, der sich von den politischen Stürmen rund um die Vergangenheitspolitik oder auch um europapolitische Grundsatzfragen unbeeindruckt zeigt.

So sind die traditionellen Ängste vor deutscher Dominanz und deutschen Ansprüchen zwar nicht verschwunden; sie werden aber immer mehr in einen virtuellen Raum verschoben. Die tschechische Gesellschaft ist dabei zu lernen, die deutsche Politik differenziert zu betrachten, mit der europäischen Realität umzugehen und die Möglichkeiten zu nutzen, die das Netz bilateraler und multilateraler Beziehungen bietet. Ganz langsam weicht dabei das Jammern, daß Deutschland und Frankreich die Neuen und Kleinen nicht gleichwertig behandeln würde, der Einsicht, daß es vor allem der eigene tschechische Wille und die eigenen Fähigkeiten sind, die darüber entscheiden, was das Land in der EU erreichen kann.⁵⁷

Aus dem Tschechischen von Volker Weichsel, Berlin

⁵⁷ Johanna Grohová: O mazácích a učních, in: Mladá fronta DNES, 29.9.2006.

Hier bitte ganzseitig Abbildung: Titelbild von OSTEUROPA 10/2005

Bildunterschrift:

Erhellend: 168 Seiten, 8 Karten, 15.- Euro. ISBN: 3-8305-1044-6.